

Zwischen Selbstzufriedenheit und Widerstand

Der Bundestag soll schrumpfen, darin sind sich die Parteien einig. Viel mehr Konsens gibt es nicht. Was die Abgeordneten aus dem Wahlkreis von der Novelle halten.

VON CLAUDIA RIEGER

VAIHINGEN/BERLIN. Dass immer mehr Abgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen, das Parlament damit teurer und dessen Arbeitsfähigkeit eingeschränkt wird, sorgt schon seit Jahren für Kritik. Eine Reform, die das nachhaltig verändert, kam lange nicht zustande. Nun schrumpft sich das Parlament doch selbst: Überhang- und Ausgleichsmandate werden ebenso abgeschafft wie die sogenannte Grundmandatsklausel. Die Zahl der Abgeordneten wird auf künftig 630 festgeschrieben. Für die von der Ampel-Koalition vorgelegte Novelle stimmten Mitte März 599 der insgesamt 736 Abgeordneten; 261 votierten dagegen.

Folge könnte sein, dass in Zukunft „nicht alle Direktkandidaten, die in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten, in das Parlament einziehen“, heißt es im Onlineprotokoll des Bundestags zu der Sitzung.

Die Reaktionen der vier Abgeordneten aus dem Wahlkreis Ludwigsburg schwanken zwischen Selbstzufriedenheit und Widerstand. Einig ist man sich nur darüber, dass eine Reform dringend nötig ist.



Macit Karaahmetoglu.

Betrachtet man das Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl 2021, hätte der Wegfall von Überhang-/Ausgleichsmandaten in Baden-Württemberg nur die CDU getroffen. Sie hatte als einzige mehr Direktmandate über die Erststimme (35), als ihr Sitz über die Zweitstimme zustanden (21). Gemäß der Reform wären damit jene zwölf direkt Gewählten mit den schlechtesten Ergebnissen nicht ins Parlament eingezogen. Darunter war auch der Ludwigsburger CDU-Abgeordnete Steffen Bilger gewesen.

Für Macit Karaahmetoglu, der seit 2021 für die SPD im Bundestag sitzt, gab es „einen klaren Auftrag von der Bevölkerung, sich dieses Themas anzunehmen“. Er selbst sei im Wahlkampf und auch an Infoständen seiner Partei auf die Größe des Bundestags angesprochen worden. „Es hat mich gewundert, dass das bei den Menschen so im Bewusstsein ist“, sagt der Jurist.

Die Frage, ob es gerecht sei, direkt gewählte Volksvertreter nicht ins Parlament einziehen zu lassen, stellt sich für Karaahmetoglu so nicht. „Man muss ja eine Lösung finden.“ Die Überhang- und Ausgleichsmandate seien der Grund gewesen, „warum man nicht mehr beeinflussen konnte, wie viele Abgeordnete in den Bundestag einziehen“. Das könne nicht sein.

Im Übrigen sei die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlkreis aufgrund der Reform künftig gar keinen Abgeordneten im Parlament habe, gering, sagt der Sozialdemokrat. Die Möglichkeit habe es bisher auch gegeben, wenn nämlich der einzige Vertreter zu-



Volles Haus: Dem Bundestag gehören aktuell 736 Abgeordnete an. Nach dem Willen der Ampel-Koalition soll die Zahl der Parlamentarier auf 630 begrenzt werden.

Fotos: DBT/Tobias Koch; p

rücktrat und auf der Landesliste der jeweiligen Partei kein Kandidat als Nachrücker verfügbar war.

Dass die Reform dringend notwendig war, will auch die AfD längst erkannt haben. Man trete seit Jahren für eine Verkleinerung des Parlaments ein, schreibt



Martin Hess.

Martin Hess, seit 2017 Bundesparlamentarier, auf VKZ-Anfrage. Seine Fraktion habe einen eigenen Vorschlag vorgelegt, mit dem der Bundestag „auf die grundgesetzlich vorgegebene Mindestgröße von 598 Abgeordneten“

schrumpft worden wäre. Tatsächlich ist es das Bundeswahlgesetz, das die Größe des Parlaments vorgibt. Der AfD-Gesetzentwurf sah vor, keine Überhangmandate mehr entstehen zu lassen. Unter anderem sollten Wähler demnach in einer „offenen Listenwahl“ ihre Zweitstimme künftig in bis zu drei „Bewerberstimmen“ aufteilen und damit die Reihenfolge der Kandidaten auf den Landeslisten ändern können.

Die von der Ampel verabschiedete Novelle ist nach Meinung von Hess gegen kleine Oppositionsparteien gerichtet und diene „dem Machterhalt der Ampelregierung“. Hess lässt eigenen Angaben nach juristisch prüfen und ziehe in Erwägung, sich einer Normenkontrollklage anzuschließen. Eine solche erwägen die Fraktionen von Linke und CDU/CSU.

Den Schritt ist CDU-Politiker Steffen Bilger, zum vierten Mal als Direktkandidat für den Wahlkreis Ludwigsburg im Bundestag, bereits gegangen. Eigenen Angaben nach hat er die Klage seiner Fraktion zur Überprüfung des neuen Wahlrechts durch das Bundesverfassungsgericht unterzeichnet. „Die Ampel-Fraktionen haben einseitig und gegen die Opposition das Wahlrecht geändert. Dabei handelt es sich um die umfassendste Änderung des Wahlrechts in der Geschichte der Bundesrepublik. So etwas macht man nicht gegen die Opposition. Wahlrechtsreformen sollten im größtmöglichen Konsens beschlossen werden“, wird Bilger zitiert. In der Vergangenheit war das in der Tat Usus im Parlament. Der von der CDU/CSU vorgelegte Reform-

vorschlag sah unter anderem vor, die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 270 zu reduzieren und die Zahl der Listenmandate von 299 auf 520 anzuheben.

Inhaltlich kritisiert Bilger an der Reform zum einen, dass künftig nicht jeder Direktkandidat auch ein Mandat erhalten könne. Dies sei eine „Entwertung der Wahlkreistimme.“ Zudem spricht er sich gegen die Abschaffung der Grundmandatsklausel aus. Dass damit die Zahl der Direktmandate einer Partei – selbst wenn es 45 seien – keine



Steffen Bilger.

Rolle mehr spiele, so sie nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringt, entwerfe die Erststimme der Wähler. Damit hebt Bilger klar auf den Unionspartner CSU ab, der 2021 von 46 Wahlkreisen in Bayern 45 direkt gewann (Erststimme), aber bundesweit mit 5,2 Prozent der Zweitstimmen die besagte Hürde nur knapp schaffte.

„Wir haben ja die ganze Zeit versucht, mit der Opposition einen Konsens zu finden. Letztlich hat die Reform der CSU nicht

in den Kram gepasst“, kontert SPD-Abgeordneter Karaahmetoglu. „Jede Reform hätte zu weniger CSU-Abgeordneten geführt.“

Auch Ampel-Kollegin Sandra Detzer (Grüne), wie Karaahmetoglu seit 2021 im Bundestag, will in der Novelle keine Schwächung der Erststimme sehen. Ihr werde „nicht weniger Gewicht eingeräumt. Die 299 Wahlkreise bleiben wie bisher erhalten“, sagt sie. Man habe „viele Gespräche mit der CDU und anderen demokratischen Fraktionen reformiert und Änderungen am ursprünglichen Reformvorschlag vorgenommen“, so Detzer. Das habe Auswirkungen auf die Fraktionsstärke aller Parteien, auch die der Grünen.



Sandra Detzer.

„Die Reform des Wahlrechts ist lange überfällig, weil der Bundestag seit Jahren immer weiter angewachsen ist, sich die Parteienlandschaft verändert hat und vor allem CDU/CSU derzeit weit mehr Abgeordnete entsenden, als ihnen nach dem Verhältniswahlrecht zustehen.“

Auto touchiert Fußgängergruppe

MÖGLINGEN (p). Zwei Fußgängerinnen im Alter von 42 und 59 Jahre wurden am Montag bei einem Verkehrsunfall in der Münchinger Straße in Möglingen leicht verletzt. Den bisherigen Erkenntnissen zufolge war ein 59 Jahre alter VW-Lenker gegen 14.10 Uhr in der Bachstraße unterwegs. Aus bislang ungeklärter Ursache fuhr er an der Einmündung zur Münchinger Straße geradeaus über diese hinweg und geriet auf den Gehweg der gegenüberliegenden Fahrbahnseite. Dort lief zu diesem Zeitpunkt eine fünfköpfige Gruppe, von welcher zwei Frauen leicht von dem VW touchiert wurden.

Einschränkungen im Bahnverkehr

BIETIGHEIM-BISSINGEN (p). Aufgrund von Oberleitungsarbeiten der DB Netz AG kommt es am Wochenende (15. und 16. April) zu Einschränkungen im Bahnverkehr zwischen Bietigheim-Bissingen und Stuttgart Hbf. Infolge dessen müssen bis auf wenige Ausnahmen die Züge der Linien 12 und 17a/c an diesen beiden Tagen im genannten Streckenabschnitt entfallen. Reisende werden gebeten, alternativ auf die Züge der Linie 18 sowie der S-Bahn Stuttgart auszuweichen, dabei jedoch etwaige Auswirkungen der Baumaßnahmen auf den S-Bahn-Verkehr zu beachten (www.s-bahn-stuttgart.de/baustellen).

Eine Naturgruppe für Auricher Kinder?

Informationsveranstaltung zur Lösungsfindung im Gemeindehaus.

AURICH (kh). Im Gemeindehaus in Aurich fand eine Informationsveranstaltung über die mögliche Erweiterung des Kindergartens um eine Naturgruppe statt.

Hintergrund dieses Abends ist der seit Jahren steigende Bedarf an Kindergartenplätzen in Aurich. Perspektivisch gesehen fehlen nach Schließung der Interimsgruppe im Kindergartenjahr 2024/2025 35 Kindergartenplätze. Zur Lösungsfindung hat bereits Mitte März ein gemeinsames Gespräch der Stadt Vaihingen mit allen Beteiligten stattgefunden – der Kindergartenleitung, dem kirchlichen Träger, der Kindergartenfachberatung, dem Ortschaftsrat und dem Elternbeirat des Kindergartens. Aufgrund fehlender Gelder der Stadt Vaihingen versuchen man gemeinsam eine kostengünstige, aber gute Alternative zu finden und kam schnell auf einen gemeinsamen Nenner – eine Erweiterung an den bereits bestehenden Kindergärten in Aurich um eine Naturgruppe.

Um sich davon genauer ein Bild machen zu können und Informationen zu sammeln, organisierte der Elternbeirat gemeinsam mit dem Kindergarten einen Besichtigungstermin im Naturkindergarten „die kleinen Wölfe“ in Ensingen. Parallel zu diesem Termin wurde bereits vonseiten des Elternbe-

rats der Informationsabend im Gemeindehaus vorbereitet. Ziel dieses Abends war es, sich ein Stimmungsbild zu verschaffen, ob diese Option eine Lösung für Aurich ist.

Einige Interessierte, darunter auch Helga Eberle (Ortsvorsteherin) und Prof. Dr. Johannes Zimmermann (Dekan des evangelischen Kirchenbezirks), nahmen an der Veranstaltung teil und konnten sich durch eine Präsentation einen Überblick über diese Möglichkeit der Naturgruppe verschaffen. Ebenfalls eingeladen war Petra Reutter, Leiterin des Naturkindergartens „die kleinen Wölfe“ in Ensingen – sie hatte an diesem Abend ein offenes Ohr für alle Fragen und konnte mit ihrer Leichtigkeit und langjährigen Erfahrung schnell davon überzeugen, dass eine Naturgruppe eine tolle Möglichkeit für Aurich sein kann.

Der Elternbeirat konnte aus diesem Abend ein durchweg positives Ergebnis verzeichnen. Sichtlich zufrieden wird nun der Schritt auf die Stadt zugegangen, um die weiteren wichtigen Schritte einleiten zu können, so dass im Kindergartenjahr 2024/2025 viele Kinder einen Kindergartenplatz in Aurich haben. Bei Fragen rund um das Thema Naturgruppe kann man sich jederzeit an den Elternbeirat des Auricher Kindergartens wenden.

Im Kasten



„Am Mittag habe ich zufällig diese phänomenale Erscheinung um die Sonne am Himmel in Nussdorf entdeckt. Wie ein runder Regenbogen, man nennt das auch Halo“, schreibt uns Sabine Klein zu ihrem Foto vom Montag. Das Wort „Halo“ stammt aus dem Griechischen (halos) und heißt so viel wie Scheibe, schreibt der Deutsche Wetterdienst. Halo bezeichne eine Gruppe optischer Erscheinungen von Ringen, Bögen, Flecken oder Säulen, die durch Reflexion (Spiegelung) und Refraktion (Brechung) von Licht an in der Luft schwebenden Eiskristallen entstehen, wie sie in Cirrus- oder Cirrostratuswolken in einer Höhe von acht bis zwölf Kilometer vorkommen. Diese Halo-Erscheinung sei am Montag über weiten Teilen Süddeutschlands zu sehen gewesen, berichtet Frank Kahl vom DWD auf WKZ-Nachfrage. „Wir im Norden hatten ihn nicht“, fügt er fast wehmütig an. Solche Halos kündigen in der Regel Niederschlag an.